

**Unabhängige
Zeitung
an der RUB**

Nr. 27 • 1. Februar 2000

2313

Neue Eliten



**B.A./M.A. statt
Diplom und
Magister**

In diesem Heft:

- Hochschule** Rosa-grüne Demontage des BAFöG
- Thema** Gestufte Studiengänge
- Vortrag** Staatstheorien

Maulkorb für linke ASten?

„Gericht spricht AStA politisches Mandat ab“ - so titelte die WAZ am Mittwoch vergangener Woche. Anlass war ein Urteil des NRW-Verfassungsgerichtshofes, das sich mit einer



275 Dollar kostet dieser Ledermaulkorb made in Germany. Ein Maulkorb für ASten kostet gerade mal die Prozesskosten

Klage der CDU-Landtagsfraktion gegen 1997 neu in das Universitätsgesetz (UG) aufgenommene Bestimmungen befasste.

Waren die Aufgaben von ASten zuvor auf die Vertretung rein hochschulbezogener Belange der Studierenden beschränkt, konnten sie nunmehr „Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fra-

gen ermöglichen“. SPD und Grüne hatten das UG zum Schutz der linken ASten vor Klagen ausgeweitet. In den Jahren zuvor waren rechte Gruppen (wie der RCDS) oder Individuen nämlich immer wieder vor Gericht gezogen, weil sie der Meinung waren, ein AStA dürfe

sich nicht kritisch zu Castor-Transporten, Burschenschaften oder rassistischen Übergriffen äußern.

Unklar ist nun, ob das neue Urteil, wie die WAZ meint, den „Wirkungskreis des AStA auf Wahrnehmung der studentischen Belange begrenzt“ oder vielmehr, wie der Prozessvertreter der Landesregierung behauptet, „genau auf der Linie, die mit dem Gesetz beabsichtigt war“, liegt. Die 2313 wird in der nächsten Ausgabe eine genauere Analyse des Gerichtsurteils nachliefern.

Wohnheimbar-Nazi, Teil 3

In Ausgabe 17/99 hatten wir auf die unerfreuliche Tatsache hingewiesen, dass ein bekennender Nazi in der Wohnheimbar „Vorlesung“ der Laerholzstr. 80 Dienst tut. Einige Zeit später fiel selbiger dann in einer anderen Wohnheimkneipe - dem Hardy's im Hardenberghaus - auf (vgl. Ausgabe 25).

Damals bemängelten wir, dass das vom Hardy's-Team ausgesprochene Hausverbot nur auf einen Monat beschränkt war. Die von uns versprochenen Sympathiepunkte darf sich das Barteam nunmehr abholen: Das Hausverbot für den Horst-Wessel-Lied singenden Borussenfan ist nämlich mittlerweile in ein unbefristetes umgewandelt worden!

Spieglein

Am Montag, 7. Februar, veranstaltet das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* eine Podiumsdiskussion zum Thema „Pro und contra gestufte Studiengänge“ an der Ruhr-Universität (s. Termine auf S. 8). Für uns Anlass genug, den Themenschwerpunkt der vorliegenden Ausgabe den neuen Studienabschlüssen Bachelor of Arts (B.A.) und Master of Arts (M.A.), die Diplom und Magister ersetzen sollen, zu widmen.

Wir hoffen, mit unserem Artikel genügend Aufmerksamkeit zu erzeugen, so dass möglichst viele Interessierte den Weg ins Musische Zentrum finden.

Inhalt

- Seite 2:** Aktuelles
Seite 3: Hochschule: BAFöG
Seite 4: Thema: *Gestufte Studiengänge*
Seite 6: Buch: *Konflikt und Entwicklung im südlichen Afrika*
Seite 7: Vortrag/Diskussion: *Staatstheorien*
Seite 8: Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaftsräten OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.

Redaktion: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Maren Michels, Henrik Motakef, Bernd Reinink, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder

V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum

Kontakt: c/o FR Sowi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum, Fax: 0234/9705081, E-Mail: 2313@gmx.de

WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Erst Roden - dann Begrünen

Schröder verhindert BAFöG-Reform

Als sich zu Beginn der 60er Jahre nach den Anfangserfolgen des so genannten „Wirtschaftswunders“ zeigte, dass die Akademikerquote für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ökonomie auf dem Weltmarkt zu niedrig lag, wurden die Hochschulen ganz unstandesgemäß auch für Malocher-Kinder geöffnet. Freilich funktionierte dies in der damaligen sozialen Situation der Arbeiterklasse nur über massive staatliche „Stütze“.

Also ging das BAFöG 1971 mit vergleichsweise traumhaften Resultaten in die Bütt: Zwar traute sich die sozial-liberale Koalition auch in der ersten Fassung des Gesetzes nicht, die überkommene bürgerliche Familienhaftung anzutasten; sie setzte jedoch die Elternfreibeträge auf ein Niveau, welches - zusammen mit den ausgezahlten Sätzen - allen AbiturientInnen ein Studium ohne finanzielle Abhängigkeit ermöglichte. Spätestens gegen Ende der 80er war das Plansoll der AkademikerInnenquote jedoch übererfüllt. Politisch realisierte das Kohl-Regime die Aushöhlung des BAFöG bspw. über die Salami-taktik der Senkung von Freibeträgen, Höchstsätzen oder Wohngeld sowie über die Anrechnung des Kindergeldes - sowohl der Eltern als auch der Studierenden mit eigenen Kindern. Zudem sorgte eine Flut von Sonderklauseln dafür, die Menge der gesetzlich Förderungswürdigen zu roden.

gute absichten

Das Fortschreiten der BAFöG-Reformbemühungen der rosa-grünen Koalition in den letzten Monaten liest sich wie eine homöopathische Rezeptur - dabei hatte das Konzept des Bildungsministeriums unter Edelgard Bulmahn vom April 1999 durchaus das Zeug, einen erheblichen Schritt hin zu breiter Stu-

diums- und Bildungsförderung wie weiland 1971 zu leisten. Der Anteil der bezugsberechtigten Studierenden war im Fortdauern der CDU-Regierung auf unter 15 % gesenkt worden. Eine Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes ergab, dass rund zwei Drittel aller Studierenden in Deutschland auf einen Nebenerwerb im Studium angewiesen sind. Dies trägt maßgeblich zu den allseits beklagten langen Studienzeiten bei, die gerade im internationalen Vergleich ins Auge stechen. Das Bulmahn-Konzept beinhaltete eine Verdoppelung der Bildungs- und Forschungsinvestitionen sowie eine deutliche Anhebung von Fördersätzen und Freibeträgen. Darüber hinaus sprach sich die Ministerin dafür aus, den Studierenden Kindergeld direkt auszubezahlen.

schlechte taten

Doch damit hatte sie die Rechnung ohne den Hausherrn gemacht - Gerhard Schröder fürchtete offenbar Verprellung seines Wahlvolkes und piff Bulmahn rüde zurück: Das Kindergeld sei vielfach schon für Häuserbau verplant. Die Dimension dieses verbalen Knebels offenbart ein Blick in die Geschichte - das Kindergeld war seinerzeit zur Manifestierung patriarchaler Strukturen von den Nazis installiert worden. Auch später erwies es sich gerade bei erheblich längeren Ausbildungszeiten als nützliches Instrument. Es ist allerdings fragwürdig, warum es gerade den Wohnungsbau kapitalsichern soll. Das unter Zeitdruck notdürftig geschnürte Ersatzpaket sieht nun eine knappe Erhöhung des Höchstsatzes um 70 Mark (!) und der einzelnen Freibeträge sowie „Nichtanrechnung des Kindergeldes“ vor. Die SPD scheint ihren Mut zur Bildung neuer Eliten durchaus ernstzunehmen.

RAØ (Radikales Autoren-Kollektiv des
Physiksumpfes)

What's wrong with BA?

Mit der (geplanten) Einführung gestufter, also auf einander folgender, Studienabschlüsse wähnt sich unsere Uni in einer „Vorreiterrolle in Deutschland“, will gar „mit Bachelor und Master zu neuen Ufern“ (Pressemitteilung der Uni vom 24.11.1999). Alles mögliche soll gut oder besser werden, wenn wie von der Unispitze geplant 2001 die Naturwissenschaften und die GA- und GB-Gebäude-fächer auf neue Abschlüsse umsteigen. Bei Psycho, Wiwi und Sowi ist die Lage noch unklar, nur bei Medizin, Ings und Jura ändert sich erst mal nichts.

Bachelor und Master (BA/MA) - zwei tolle Labels ohne konkreten Inhalt, so der Einwand. Etwas Form hat der Markenname hierzulande durch inflationäre Verwendung doch schon bekommen: Nach sechs Semestern soll's den Bachelor geben können, für einen kleineren Teil der Studis zwei Jahre später den Master, wovon ein Jahr auf die Abschlussarbeit fällt. Weiterhin sollen BA/MA was mit „Modulen“ und „Punkten“ zu tun haben. Auf's diffuse Vorbild USA schielend wird allgemein angenommen, dass mit BA/MA erheblich unklarer wird, was so ein Studienabschluss wert sein könnte, weshalb künftig „Akkreditierungsagenturen“ die jeweilige „Studiengangsgüte“ ausrechnen sollen. Zu all dem später mehr. Zur Auffassung der Studienabschlüsse als ein Markenlabel passt folgendes: die Fächer, die die größten Selbstzweifel über den Wert ihrer bisherigen Labels haben (Philologie, Geografie etc.) wechseln mit fliegenden Fahnen zum neuen Trendabschluss. Ings sowie die meisten Naturwissenschaften außerhalb Bochums vertrauen eher auf den Marktwert ihres Diploms nach dem Adenauer-Rezept („keine Experimente“).

master is longer is better?

Na, bis jetzt gut aufgepasst? Dann dürfte was aufgefallen sein: Zehn Semester Regelstudienzeit BA/MA ist eher länger als heute üblich. Die Angst vor den letzten Prüfungen vor dem Studienabschluss ist neben Jobben und Orientierungsproblemen Hauptgrund für lange Studienzeiten. Gibt es mit BA/MA eine zusätzliche solche Hürde, verstärkt sich der

Effekt. Der BRD-Wissenschaftsrat und die „GK Studienreform NRW“ haben das deshalb mal so diskutiert:

70% gehalt abgestuft

70% der Studis sollen nach dem BA die Unis verlassen, erst dadurch ergeben sich unterm Strich Einsparpotentiale an den Unis und in der Industrie. Bei letzterer, da nur der Master dem Diplom bzw. Magister entsprechen soll, BA wird also tariflich niedriger eingestuft. Der Denkfehler: Schon jetzt lassen sich massenweise AkademikerInnen freiwillig niedriger einstufen, bei einem Überschuss von Arbeitsstellensuchenden läuft ja seit Jahrzehnten der Trend zur Über- bzw. Höherqualifikation. Zu Recht als dumm gelten würde künftig, wer nach dem Bachelor aussteigen würde, statt mit dem Master bessere Beschäftigungschancen einzuheimsen. Gehen aber die 70% der BA-Leute nicht freiwillig, würde BA/MA mehr statt weniger Geld kosten. Also müsste man dem „freiwilligen“ Abgang nach dem BA nachhelfen. Noch soll es in NRW sowohl Bafög als auch Studiengebührenfreiheit für die Master-Semester geben können, BA/MA wären sonst ja ein offensichtlich plutokratisches Instrument. Der Wissenschaftsrat (einberufen von der Bundesregierung) forderte deshalb mal, Masterstudium erst ab BA-Durchschnittsnote 2,5 zuzulassen.

accredited points

In den USA rangiert ein Harvard-BA weit über manchem Kleinhochschul-MA, der vielleicht nur ein Volkshochschulkurs-Prestige hat. Kostenpflichtige Akkreditierungsagenturen (unsere Uni beteiligt sich grad an der Gründung einer solchen), angeblich auf höherem Niveau als Spiegel-Rankings, sollen den erzielten Abschlüssen erst ihren Wert geben. In den USA führt das zur Festsetzung von Mindestzahlen an Prüfungen und der Verbreitung von Multiple-Choice-Tests - der Vergleichbarkeit wegen. Was vielen deutschen Profs ein Horror wäre. Das „European Credit Transfer System“ (ECTS), dass den Uniwechsel erleichtern soll, ist vom BA/MA unabhängig. Die Akkreditierungslogik passt aber nicht zum

Wunsch, Studierende mögen häufiger die Hochschule wechseln. Der Wettbewerb um das Prestige der Abschlüsse soll ja gerade Äquivalenz reduzieren.

was hübsches zum schluss

Alles Mist? Lässt sich nicht in Abrede stellen. Wenn aber bei manchen BA/MA-Implementierungen auch die Leistungen von Praktika, Hausarbeiten und ähnlichem über ein Punktsystem in die Examensnote eingehen, ist das fairer gegenüber Menschen mit Prüfungsangst. Die gegen den Willen von Studierenden studienverlängernd wirkende un-

sinnige Konzentration von Prüfungsanforderungen am Studiumsende könnte abgemildert werden. Ja - wenn die die Uni autonom bestimmenden Profmehrheiten nicht in kommenden wie vergangenen Jahrzehnten noch fast jeden Reformansatz so wunderbar ausgebremst hätten. Wer jetzt auf Diplom oder Magister studiert, muss nur mäßig Angst haben, bald mit einem als völlig unmodern geltenden Abschluss dazustehen; bachelor und master sind letztlich nur englische Übersetzungen von Titeln, die Hochschulen in diesen Breitengraden im Mittelalter auch schon mal verliehen haben.

Andres Friedrichsmeier

Silent Majority

Wieso eigentlich werden die alten Studienabschlüsse bald durch Bachelor und Master ersetzt werden, obwohl noch keine Studierendenvertretung sich jemals dafür ausgesprochen hat? Im Gegensatz zu anderen hochschulpolitischen Maßnahmen treffen sich in diesem Fall die Interessen aller anderen Beteiligten.

Zu nennen ist an erster Stelle die Landesregierung. Ihr Interesse ist denkbar einfach: Wie schon bei 'Qualitätspakt', Streichung der Notzuschlagsmittel, Kürzung der Tutorienzuschüsse und anderen Maßnahmen der letzten Monate geht es ums Bare. Dass eine Verkürzung der Studienzeit und damit ein geringerer Bedarf an Lehrenden ein immenses Einsparpotential im gesamten Wissenschaftshaushalt bietet, war schon vor einigen Jahren Anlass für das Wissenschaftsministerium, durch die 'Eckdatenreform' die Zahl nachzuweisender Semesterwochenstunden und Prüfungen zu reduzieren.

regierung, wirtschaft und ...

Ebenfalls einsichtig ist, dass die Verwertungsinteressen der Wirtschaft direkt für verkürzte und von 'überflüssigem Ballast befreite' Studiengänge sprechen. Ein jüngerer, nur mit notwendigem Grundwissen ausgestatteter und schon gar nicht gesellschaftliche Funktionsweisen selbst hinterfragender Betriebswirt funktioniert nun einmal besser als einer, der sich gründlich mit Volkswirtschaft

befasst hat und aufgrund lascher Prüfungs- und Studienordnungen gar noch in andere Fachbereiche hineingeschnuppert hat.

... konservative profs

Hauptmotor der augenblicklichen Entwicklung ist aber die konservative ProfessorInnenschaft. Nur weil sie kooperieren, können Politik und Wirtschaft behaupten, 'die Unis' wollten die Studienzeiten ja selbst verkürzen. Dabei sind den Profs die oben angeführten Motive in Politik und Wirtschaft eigentlich durchaus unangenehm. Ihnen geht es vielmehr um das, was sie für Qualität halten: Wenn sie nicht sowieso der lieben Forschung willen eher darum bemüht sind, so wenig wie möglich mit echten Studis konfrontiert zu werden, besagt ihr elitäres Menschenbild, Begabung sei halt ungleich verteilt, weswegen es gar keinen Sinn mache, möglichst vielen Menschen möglichst viel Bildung zukommen zu lassen. Anstatt den „blöden“ Studis - am Ende noch mit ausgefeilter Didaktik - irgendetwas beibringen zu müssen, wollen viele Profs ihre Studierenden lieber so rasch wie möglich auf ein kleines Grüppchen reduziert wissen. Ironischerweise sind es gerade die von den Profs mitgetragenen Maßnahmen wie die Einführung gestufter Studiengänge, die gleichzeitig zu einer Unterhöhung auch ihres konservativen Bildungsideals mit beitragen. Den Zusammenhang zur totalen Vermarktlichung der Hochschulen ist ihnen aber nur in den seltensten Fällen klar.

hmk

Friede den Hütten

Buch und Vortrag: Südliches Afrika

Nicht nur für diejenigen, die das Eingreifen Namibias in den zwischen MPLA und UNITA tobenden Bürgerkrieg im vorvergangenen Monat mitbekommen haben und den fast ein Vierteljahrhundert dauernden Konflikt in seinen historischen und geopolitischen Kontext einordnen können, mag Konflikt und Entwicklung im Südlichen Afrika eine Bereicherung sein. Wer sich für diese meist relativ außerhalb der westlichen Medien stehende Region interessiert, aber mit den raren Meldungen wenig anzufangen weiß, da er weder die diversen Kürzel der zahlreichen Befreiungsbewegungen ihren jeweiligen Agitationsgebieten, noch ihrer ideologischen Ausrichtung zuordnen, geschweige denn ihre Verwicklung in derzeitige Auseinandersetzungen und deren Genese erklären kann, dem sei die Lektüre dieses Buches ans Herz gelegt.

Das Südliche Afrika stellte jahrzehntelang einen der brisantesten Konflikttherde in der sog. Dritten Welt dar. Auf regionaler Ebene analysiert Peter Meyns die Entstehung politischer und wirtschaftlicher Interdependenzen sowie die Ursachen und Verläufe der diversen Krisen, deren zentralen, wenn auch nicht alleinigen, Unruhefaktor Südafrika bildet. Während das sich rassistisch legitimierende Apartheidsregime nach innen die ganze Schärfe sei-

Scheitern seiner „totalen nationalen Strategie“ ebenso wie durch die nicht ganz wirkungslosen UN-Sanktionen zunehmend isoliert. Die Errichtung sozialistischer Regierungen in Angola und Mosambik schürte Südafrikas Ängste vor dem sowjetischen Imperialismus und mündete in einer recht effektiven Destabilisierungspolitik.

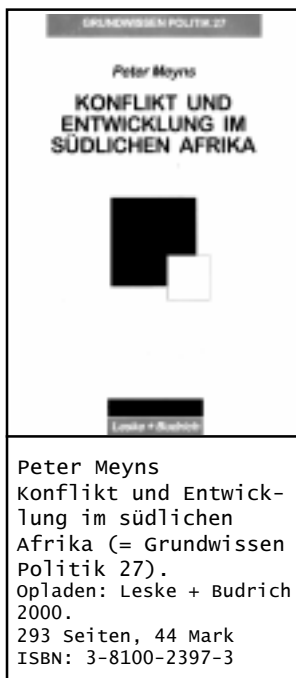
Der Kalte Krieg, der in Afrika teilweise ziemlich heiß werden konnte, ließ deshalb die USA zur Abwehr des von ihnen perhorreszierten Weltkommunismus besonders eng mit den Weißen in Südafrika zusammenarbeiten, während der sino-sowjetische Konflikt sich hauptsächlich auf die Befreiungsbewegungen auswirkte.

demokratie?

Mit dem Ende der Apartheid hörte auch die institutionalisierte weiße Herrschaft im Südlichen Afrika auf zu existieren und damit auch ein wesentlicher Grund für kriegesrische Auseinandersetzungen in der Region; allerdings zeigt Meyns durch eine ausführliche Untersuchung horizontaler und vertikaler Aspekte, besonders der bis heute unvergänglichen Abhängigkeit von Diamanten- und Ölkonzernen bzw. -ressourcen, der fortbestehenden ökonomischen Dominanz Südafrikas und sozio-struktureller Probleme wie Migration, Hunger, Bevölkerungswachstum, extremer Verschuldung und starker regionaler Polarisierung, daß Frieden hier eher als Abwesenheit von Krieg zu verstehen ist. Doch obwohl in den meisten Ländern, die sich demokratisch nennen, Demokratie mit Einparteienherrschaft übersetzt wird, beurteilt Meyns die Aussichten auf eine demokratische Konsolidierung insgesamt sehr positiv (wie immer man Demokratie beurteilen mag) - endlich Chancen für Frieden in den Hütten?

marty

nes repressiven Apparates gegen jegliche Opposition und zur ständigen Unterdrückung und Diskriminierung sämtlicher Nichtweißen einsetzte, sah es sich nach außen durch das



Zur Veranstaltung am 3. Februar mit dem Autor des Buches siehe auch Seite 8.

Schweinesystem?

Der bürgerliche Staat in der neomarxistischen Diskussion

„Der politische Verstand ist eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denkt. Je geschärfter, je lebendiger, desto unfähiger ist er zur Auffassung sozialer Gebrechen.“ (Karl Marx)

Appelle an den 'Vater Staat', die Wirtschaft doch an die Kandare zu nehmen und damit 'soziale Gerechtigkeit' walten zu lassen, erfreuen sich gerade in der Linken nicht erst in neoliberalen Zeiten großer Beliebtheit. Die unbedingte Loyalität, die noch die Aufgeklärtesten den Formen Staat und Recht entgegenbringen, verblüfft dabei stets aufs neue. Hier bekommt radikale Staatskritik den Zorn des gesunden politischen Menschenverstands zu spüren: Wo Menschen zusammenleben, da muss die Zwangsgewalt von Staaten herrschen, wer Gegenteiliges behauptet, gilt als unzurechnungsfähig.

zwangsverhältnisse

Die Kritik der Form Staat darf sich dagegen ebenso wenig in bloß moralischer Ablehnung des Staates als Exponent des 'Schweinesystems' erschöpfen. Entgegen solch putzierten Parolen, deren VertreterInnen zwar in der Regel wissen, was ein Schwein, nicht aber, was ein System ist, kommt es ihr zunächst einmal darauf an, zu erklären, was der bürgerliche Staat überhaupt ist, warum kapitalistische Vergesellschaftung, die i.d.R. nicht mehr durch direkt-gewaltvermittelte, sondern wesentlich sachlich-tauschvermittelte Aneignungsprozesse gekennzeichnet ist, ein solches nunmehr als 'politische Sphäre' ausdifferenziertes Zwangsverhältnis noch benötigt, bzw. es permanent reproduziert, wo die Grenzen staatlicher Eingriffskompetenzen in die Ökonomie liegen, warum das Gewalt-

monopol stets noch als legitimes erscheint usw.

politikwechsel?

Praktische Relevanz erlangt die Erörterung solch 'abstrakter' Fragen u.a. durch die daraus folgende Kritik der Auffassungen, gesellschaftliche Emanzipation sei von einem 'Politikwechsel' zu erwarten, der Staat sei im Grunde neutrales Instrument sozialer Gruppen, Vertreter des Allgemeinwohls oder könne gar beliebig die Ökonomie gestalten - es sei also alles eine Frage des 'politischen Willens'.

staatsableitung

Thema des Vortrags soll eine bestimmte Variante marxistischer Staatstheorie sein, die sich im Zuge von Studierendenbewegung und 'neuer Marx-Lektüre' in den 1970er Jahren unter dem Etikett 'Staatsableitung' formiert hat. Kennzeichnend für diese Position ist u.a. die Anknüpfung an die marxische Methode der Formanalyse sowie die Ablehnung der im marxistischen Diskurs bis dato vorherrschenden substanzialistischen (Bernstein, Hilferding, Pollock) und instrumentalistischen (Lenin, StamoKap-Ansatz) Staatsauffassungen.

Ingo Elbe



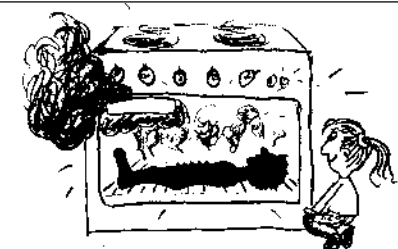
Zeitschriften, die die Welt
nicht braucht - Teil 14

Zucker

„16 versiegelte Seiten - Alles über Jungs“ machen richtig Lust auf Kauf und Lektüre von Sugar - DAS Magazin für Girls!, stellt dies doch in Aussicht, auf diesen vor den Augen der Jungs verschlossenen Seiten aufgeklärt zu werden über im Kontext patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse ständig konstruierten und reproduzierten Schönheits- und Beziehungsideale.

Natürlich weit gefehlt: Vielmehr besteht diese Variation der Kategorie 'Mädchen-Zeitschrift', außer aus bunten Hochglanzbildchen von allerlei zuckersüßen Jungs, hauptsächlich aus der Vermittlung von Idealen, denen auf dem Müllhaufen der Gesellschaft eigentlich eine der unteren Schichten gehören sollte.

Aber immerhin wird die werbe Leserinnen-schaft auf der Suche nach dem völligen 'Glück' nicht allein gelassen, der allgemeinen 'Glücks'-Propaganda wird aber auch nix Neues hinzugefügt: Es braucht nur einen schicken Retorten-Körper, einen vor allem mit Treue ausgestatteten Typen (jaja, glückliche Menschen sind heterosexuell), und ständig: Shopping. Führt das nicht zum gewünschten Erfolg, „Back dir deinen Traumboy“. Dabei scheinen Zutaten wie „600 g gutes Aussehen“, „500 ml Charme“ oder „2 Tuben Haargeel“ zum guten Gelingen weitaus wichtigere Essenzen zu sein als beispielsweise „80 ml Intelligenz“. Woher zudem eine „1,85 m große Form mit Waschbrettbauch“ herkommen soll wird dabei leider nicht verraten, und warum das Resultat dieses hausfräulichen Schaffens zu anderem als Hundefutter bestimmt sein sollte, bleibt wohl der Imagination der Leserinnen überlassen.



Darin steckt immer ein kluger Kopf

Donnerstag, 3. Februar

14h15, Ruhr-Uni Bochum, GC 03, Raum 149

Entwicklungspolitische Perspektiven im südlichen Afrika

Peter Meyns ist Autor des Buches „Konflikt und Entwicklung im Südlichen Afrika“ und hat sich jahrelang für Forschungen im Südlichen Afrika, u.a. in Sambia, Südafrika und Tanzania, aufgehalten. Er gibt einen Erfahrungsbericht aus der Region und wird über deren spezifische Probleme und entwicklungspolitische Perspektiven referieren und anschließend für eine Diskussion zur Verfügung stehen. Meyns ist Professor für Internationale und Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg (s. S 6).

19h, Ruhr-Uni Bochum, GA 04, Raum 714

Staatstheorien

Vortrag von und Diskussion mit Ingo Elbe (s. S. 7).

Samstag, 5. Februar

12h30, Münster, Stadthaus I (zw. Karstadt und Horten)

Demo für ein selbstverwaltetes soziales und kulturelles Zentrum in Münster

Anschließend Volkküche und Café in der besetzten Uppenbergsschule.

14h30, Bahnhof Langendreer (Bochum), Raum 6

1. Regionales Vernetzungstreffen des Anti-EXPO-Widerstandes im Ruhrgebiet

Der Widerstand gegen die EXPO begreift sich nicht als eine „ein-Punkt-orientierte“ Bewegung gegen die EXPO, sondern versucht, in einer Bewegung von unten Gruppen mit verschiedenen thematischen Ansätzen zusammenzubringen, deren gemeinsamer Nenner eine grundsätzliche System- und Herrschaftskritik und eine emanzipatorische Gesellschaftsvorstellung ist. In der Herangehensweise an die Auseinandersetzung mit der EXPO werden dezentrale Konzepte favorisiert, bei denen auf Vielfalt und Kreativität gesetzt wird.

Ziele dieses Vernetzungstreffens sind Kontakte zwischen uns, Koordination, Zusammenarbeit und Kommunikation. Gemeinsame Ansatzpunkte können sein:

- Veranstaltungsreihen (gemeinsame Planung)
 - Vorbereitung von Aktionen im Ruhrgebiet
 - Mayday: Mai 2000 (nächster Globaler Aktionstag)
 - Mobilisierung nach Hannover; gemeinsame Vorbereitung auf Camp und Aktionswoche
 - Schaffen von Gegenöffentlichkeit: Zeitung, Plakate, Presse, Ausstellung, Video ...
 - „Ruhrgebietsspezifisches“: Gibt es Interesse, sich ueber bestimmte Inhalte gemeinsam auseinanderzusetzen? (Beispiel Umstrukturierung)
- Es laden ein: IMUN (Bochum), Büro für mentale Randalen (Recklinghausen) und Projekt Archiv (Oberhausen).

Montag, 7. Februar

17h bis 19h, Musisches Zentrum

Podiumsdiskussion zu gestuften Studiengängen

Auf dem Podium sitzen: Harro Müller-Michaels (Prorektor der RUB); weitere TeilnehmerInnen noch nicht benannt

s.a. S. 4 und 5 in diesem Heft